

Werner Plumpe/Joachim Scholtyseck/Florian Burkhardt (Hrsg.), Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Wissenschaftliche Reihe, Bd. 11), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2012, 231 S., geb., 29,00 €.

Die seit 2008 vorherrschende krisenhafte Lage der Weltwirtschaft hat einige Grundsatzfragen der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Der hier angezeigte Sammelband unternimmt es, diejenige nach der Rolle, die der Staat bei der Gestaltung des Wirtschaftslebens spielen sollte, für den deutschen Fall in historischer Perspektive zu beantworten.

So befasst sich Werner Plumpe mit der Wende der ordnungspolitischen Vorstellungen im Gefolge des Gründerkrachs von 1873: Damals sei das Vertrauen in die Selbststeuerungskräfte der Marktwirtschaft drastisch zurückgegangen. Der daraus resultierende Aufstieg des kathedersozialistischen Etatismus der Historischen Schule sei jedoch mit dem Einsetzen einer neuen Hochkonjunktur seit Mitte der 1890er-Jahre gestoppt worden. Nach dem Ersten Weltkrieg fand die Volkswirtschaftslehre, wie Roman Köster darlegt, nicht mehr zu einem gültigen Ordnungsmodell. Der Untergang der alten Welt 1918 führte eine ebenso unsichere wie zukunfts offene Situation herbei, in der Gestaltungswille und politische Selbstermächtigung gefragt schienen. Ein Ergebnis auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet war die Dauerkrise der Nationalökonomie, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Etablierung der „Sozialen Marktwirtschaft“ endete. Dass diese praktisch wie theoretisch bald unumstritten war, führt Köster mit Recht nicht auf intellektuelle Stichhaltigkeit zurück, sondern auf das sogenannte Wirtschaftswunder und „Consumer’s Capitalism“, die eben nicht zuvörderst das Ergebnis von Wirtschaftspolitik waren.

Die Wirtschaftsordnung im Nationalsozialismus wurde lange Zeit vor allem unter dem Gesichtspunkt diskutiert, wie weit von einer unternehmerzentrierten Marktwirtschaft die Rede sein könne oder ob nicht von einer Zentralverwaltungswirtschaft gesprochen werden müsse. Jochen Streb kommt zu dem Schluss, die historische Evidenz deute nicht auf einen solchen „indirekten Sozialismus“, vielmehr habe man es schon Mitte der 1930er-Jahre mit einer „Marktwirtschaft im vorgezogenen kriegswirtschaftlichen Ausnahmezustand“ (S. 83) zu tun, die in vielerlei Hinsicht den Kriegswirtschaften ähnelte, die sich in den USA und Großbritannien seit 1940 herausbildeten. In den wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen des Widerstands war hingegen, das zeigt Michael Kißener, ohne Umschweife von der staatlichen Zwangswirtschaft des Nationalsozialismus die Rede. Freilich vertritt Kißener ein sehr traditionelles Konzept dessen, was als deutscher Widerstand gelten soll. Im Zentrum der Betrachtungen stehen Begriffe und Konzepte des Freiburger Kreises um Walter Eucken sowie deren Rezeption in adlig-bürgerlichen Widerstandszirkeln. Dass es im antinationalsozialistischen Widerstand auch ganz andere, sozialistisch orientierte Ordnungsentwürfe gab, erschließt sich erst am Ende des Aufsatzes über einen knappen Exkurs zur französischen Résistance.

Das ordoliberalen Denken der Freiburger hatte bekanntlich großen Einfluss auf die spätere Soziale Marktwirtschaft. Joachim Scholtyseck vermeidet in seinem Aufsatz eine klare Definition des Begriffs, hält ihn im Wesentlichen für ein erfolgreiches Schlagwort und schließt sich explizit dem Volksvorurteil an, es handele sich um eine „Symbiose von Marktwirtschaft und klassischer Sozialpolitik“ (S. 112). Warum dann die Soziale Marktwirtschaft, wie von Scholtyseck behauptet, eine „radikale Ordnungsinnovation“ gewesen sein soll, erschließt sich nicht recht.

Alexander Nützenadel behandelt in konziser Weise den für die Bundesrepublik oft bestrittenen Einfluss des sogenannten Keynesianismus. Das fortwirkende Trauma von Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus, das spezifisch deutsche Stabilitätsbedürfnis, die generationellen Umbrüche in der Wirtschaftswissenschaft und die Rezeption der internationalen Diskussion seit den 1950er-Jahren führten rasch zu einer weitgehenden Integration der keynesianisch-neoklassischen Synthese in das wissenschaftliche Denken, die wirtschaftspolitische Beratung und die praktische Politik. Doch der Sommer

des Keynesianismus war kurz. In der Stagflation der 1970er-Jahre und angesichts des Zusammenbruchs des internationalen Rahmens von Bretton Woods stieß seine Steuerungsfähigkeit an Grenzen.

Es folgte in weiten Teilen der entwickelten Welt in den 1980er-Jahren die neoliberale Wende: der Siegeszug der *supply side economics* und des Glaubens an die Selbstregulation der Märkte. Andreas Wirsching geht der Frage nach, inwiefern sich dieser Umschwung in der Bundesrepublik unter Helmut Kohl niederschlug. Dabei interessieren ihn weder Dogmen noch Rhetorik, sondern die harten Kennziffern zur staatlichen Neuverschuldung und zu den Sozialleistungs- und der weiteren Staatsquoten. Wirsching kommt zu dem Ergebnis, in der Bundesrepublik habe es keine echte Abkehr vom Keynesianismus, sondern vielmehr dessen strukturelle Verfestigung gegeben. Die propagierte nicht nur „geistig-moralische“ Wende blieb stecken, weil sie widersprüchliche Ziele verfolgte: Das christlich-soziale Menschenbild passte nicht gut zur radikalen Entfesselung der Marktkräfte.

Die Entwicklung des anderen deutschen Nachkriegsstaats, der DDR, wird in einem erhellenden Abriss von André Steiner behandelt. Er richtet den Blick auf das Konkurrenzverhältnis zur Bundesrepublik und beleuchtet die strukturellen Gegebenheiten, die weder das „Überholen“ noch das „Einholen“ der sozialistischen Wirtschaft ermöglichten. Die zentrale Planung führte zu Fehlanreizen und zu teils absurden Fehlallokationen von Ressourcen. Vor allem in den 1960er-Jahren unternahm die politische Führung einige vergebliche Versuche, die Effizienz mithilfe von Elementen der Eigeninitiative und des Wettbewerbs zu steigern. Im folgenden Jahrzehnt verschoben sich aufgrund der nachlassenden Konkurrenzfähigkeit die Terms of Trade zulasten der Ostblockstaaten. Den Untergang des realen Sozialismus 1989 führt Steiner wesentlich auf den Legitimationsverlust des Wirtschaftssystems zurück, das die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigen konnte. Die DDR hatte, wie das Politbüromitglied Alfred Neumann 1969 in einem Brief an Walter Ulbricht beklagte, sich ganz den kapitalistischen Maßstäben unterworfen und musste daran scheitern.

Dass der Niedergang des sozialistischen Ostens einsetzte, als auch im Westen der lange Boom zu Ende ging, es sich mithin um eine „systemübergreifende Krise europäischer Industriegesellschaften“ handelte, die unter anderem aus der mikroelektronischen Revolution resultierte, erläuterte Steiner andersorts.¹ Im vorliegenden Band fehlen diese Zusammenhänge. Der Beitrag von Karl-Heinz Paqué über die Wirkungen der deutschen Vereinigung geht vom selbstgewissen Gefühl des Sieges der Markt- über die Planwirtschaft aus. Die Integration der nicht konkurrenzfähigen Wirtschaft Ostdeutschlands habe mittels des Arbeitskräfteüberangebots, der dadurch ermöglichten Lockerung des Tarifsystems auch im Westen, der relativen Senkung der Lohnstückkosten und des durch den zusätzlichen Problemdruck der Globalisierung erzwungenen Rückbaus des Sozialstaats die kriselnde Wirtschaft in ganz Deutschland stabilisiert. Ob man das Ergebnis dieser Prozesse angesichts der drastischen Umverteilung zugunsten der Wohlhabenden, eines wachsenden Niedriglohnsektors und der Verfestigung einer erheblichen Langzeitarbeitslosigkeit zu Recht eine „Regeneration der Sozialen Marktwirtschaft“ (S. 197) nennen kann, scheint durchaus diskussionsbedürftig. Nicht zu bezweifeln ist dagegen eine desaströse Nebenwirkung dieser deutschen Stabilisierung: der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Peripheriestaaten. In diesem Sinne endet die so optimistische Bilanz Paqués mit einer großen Unsicherheit: Wie werden die Staaten des Südens darauf reagieren, dass die Zeiten des allmählichen Aufholens vorbei sind? Man könnte anfügen: Was wird geschehen, wenn offensichtlich wird, dass es sich nicht um ein relatives Zurückfallen, sondern um fortschreitende Wohlstandsverluste, auch in Kernstaaten wie Italien und Frankreich handelt? Anders als weite Teile seiner Faktenanalyse wirkt Paqués politisch-ideologische Botschaft von der Erneuerung der Marktwirtschaft aus (neo-)liberalem Geist wenig überzeugend.

Stellt Paqués Beitrag mit seinen aktuell-politischen Handlungsanleitungen eine Art wissenschaftlich-ideologischen Zwitter dar, so fällt das abschließende Statement von Karen Horn gänzlich aus dem Rahmen. Hier geht es um politische Philosophie: Die Autorin ist Priesterin des hayekianischen Kults der Freiheit und warnt vor dem übergriffigen Staat, der allenthalben die prästabilierte Harmonie der Marktkräfte stört. Den Wert des Bandes schmälern diese Einlassungen nur unerheblich, der historische Durchgang ist insgesamt geglückt. Der Lohn der Lektüre besteht in einer überblickshaften Einführung in eine der klassischen Fragen der Wirtschaftsgeschichte. Ob diese klassische weiterhin eine zentrale

¹ André Steiner, Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den 1970er-Jahren, in: Zeithistorische Forschungen 3, 2006, S. 342–362.

Frage sein sollte und ob sie wirklich so aktuell ist, wie es derzeit scheint, steht freilich dahin. Das Wechselspiel von Keynesianismus und (Neo-)Liberalismus, die kurzzeitige weltweite Rückkehr des ersteren im Krisenmanagement von 2008/9, die gegenseitige Ablösung von Privatsektor und Staat in der führenden Managementrolle verweisen auf eine – jeweils historisch spezifische – wesentlich komplementäre, nicht konfliktorische Arbeitsteilung. Das gilt nicht allein für die jüngste Zeit. Auch die große Weltwirtschaftskrise des Privatkapitalismus in den 1930er-Jahren wurde in allen industriellen Zentren mittels massiver staatlicher Eingriffe bekämpft, sodass es nicht abwegig erscheint, mit Blick auf das faschistische Italien, das nationalsozialistische Deutschland und das demokratische Amerika des New Deal mit Wolfgang Schivelbusch von einer „entfernten Verwandtschaft“ zu sprechen. Eingedenk solcher historischer Erfahrungen tut es in unserer Gegenwart, in der der Kapitalismus womöglich seinem katastrophalen Ende entgegen taumelt, not, die moderne Ökonomie wieder als staatlich-marktwirtschaftlichen Gesamtkomplex in den Blick zu nehmen.

Klaus Kempter, Heidelberg

Zitierempfehlung:

Klaus Kempter: Rezension von: Werner Plumpe/Joachim Scholtzseck/Florian Burkhardt (Hrsg.), Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Wissenschaftliche Reihe, Bd. 11), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2012, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 56, 2016, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81698>> [31.3.2016].